

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmiel
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Inge Wettig-Daniel-
meier MdB zum inter-
nationalen Frauentag:
Frauen Verliererinnen
der Einheit.

Seite 1

Dr. Dietmar Mattern
MdB zum Versagen der
Bundesregierung ge-
genüber ökologischen
Katastrophen in der Ex-
DDR: Zum Beispiel Kö-
nigsbrück.

Seite 2

Gerhard Schmid MdEP
zum Tod von Hellmut
Siegler-Schmidt: Ab-
schied von einem vor-
bildlichen Europäer.

Seite 3

Dokumentation

Willy Brandt analysierte
in einer Rede vor dem
jüngsten IPPNW-Jah-
reskongress in Berlin die
internationale Lage
(Teil II und Schluß).
Wortlaut

Seite 4

47. Jahrgang / 46

6. März 1992

Frauen Verliererinnen der Einheit Gedanken zum Internationalen Frauentag

Von Inge Wettig-Danielmeier MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
(ASF)

Die Frauen in der ehemaligen DDR standen bei der gewaltlosen Revo-
lution im Herbst 1989 ganz vorn. Jetzt haben sie sich wieder hinten an-
zustellen. Die Frauen sind die Verliererinnen der Einheit.

Schon heute stellen Frauen in den neuen Bundesländern fast zwei
Drittel der Arbeitslosen. Unter denen, die in Arbeitsbeschaffungsmaß-
nahmen oder in neue Stellen vermittelt werden, sind sie in der Minder-
heit. Immer noch werden Frauen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt unter
dem Vorwand, sie hätten ja einen Ernährer oder sie könnten keine Be-
treuungsmöglichkeit für ihre Kinder nachweisen. Viele landen in unge-
schützten Beschäftigungsverhältnissen ohne Sozialversicherung mit
dem Risiko, jeden Tag wieder gefeuert zu werden. Konservative Politi-
ker und Teile der Wirtschaft verfolgen die erklärte Strategie, das Pro-
blem der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern durch Senkung
der Frauenerwerbsquote zu "lösen", Zurück auf das Normalniveau der
alten Bundesrepublik! Hoffnung auf Gleichheit passe.

Wir verlangen:

- o Beteiligung von Frauen an Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizie-
rungsmaßnahmen gemäß ihrem Anteil an den Arbeitslosen;
- o Abschaffung ungesicherter Arbeitsplätze, das heißt voller Versiche-
rungsschutz von der ersten Stunde an;
- o Frauenförderungsmaßnahmen auch in der privaten Wirtschaft und
gleiche Vergabe von Ausbildungsplätzen an Mädchen und Jungen;
- o Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen im Westen und ihren
Erhalt und Ausbau im Osten;
- o Frauen in den alten und neuen Bundesländern wollen Familie und
Beruf miteinander vereinbaren können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Presshaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
aus dem Druck
Reinhold-Druck



Besondere Härten hat die Vereinigung den Alleinerziehenden auferlegt. Geblieben sind die außerordentlich niedrigen Unterhaltszahlungen der Väter. Weggefallen sind oft der Arbeitsplatz und wenn nicht, dann die großzügigen Freistellungen bei Erkrankung eines Kindes und die zusätzliche finanzielle Unterstützung.

Wir verlangen,

als ersten Schritt eine Aufstockung des Erziehungsgeldes für Alleinerziehende auf 1.000 DM und eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes.

Noch immer sind Frauen im Alter von ihren oft schon verstorbenen Männern abhängig, weil sie trotz eines arbeitsreichen Lebens keine eigenständigen Rentenansprüche erworben haben.

Wir verlangen,

endlich eine eigenständige und gleiche soziale Sicherung für Frauen und Männer. Für die Erziehung eines Kindes müssen den Eltern mindestens fünf Erziehungsjahre angerechnet werden, unabhängig davon, ob sie ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben oder nicht.

Dreiundvierzig Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes ist die Gleichstellung von Frauen noch immer Willensbekundung und nicht öffentlicher Auftrag.

Wir verlangen,

daß das Grundgesetz dem Staat eine aktive Gleichstellungspolitik zur Aufgabe macht.

Bis zum Ende dieses Jahres muß der Schwangerschaftsabbruch gesetzlich neu geregelt werden. So will es der Einigungsvertrag. Die Beratungen des Bundestages über die Entwürfe für ein neues Gesetz haben im vergangenen September begonnen. Die Frauen in der SPD wollen auf der Basis des SPD-Entwurfs einen mehrheitsfähigen Kompromiß erreicht.

Wir wollen,

daß Frauen im Schwangerschaftskonflikt selber entscheiden können. Aber wir wollen auch, daß die gesellschaftlichen Bedingungen so verändert werden, daß sich keine Frau gezwungen sieht, eine Schwangerschaft abzubrechen.

Vor einem Jahr stand die Welt unter dem Schock des Golfkriegs. Inzwischen ist Krieg auch mitten in Europa wieder möglich geworden. In Jugoslawien waren es Frauen, die als erste und leider als einzige nicht gegen die andere Kriegspartei, sondern gegen den Krieg protestiert haben. Ihnen gilt unsere Solidarität.

(-/6. März 1992/rs/ks)

Zum Beispiel Königsbrück

Zum Versagen der Bundesregierung gegenüber ökologischen Katastrophen in der Ex-DDR

Von Dr. Dietmar Matthee MdB

Der Truppenübungsplatz Königsbrück mit einer Größe von 6.400 Hektar ist der einzige der WGT-Streitkräfte in Sachsen. Der Landkreis Kamenz kann und will in diesem Gebiet bereits freigewordene Liegenschaften sofort übernehmen. So stehen zum Beispiel 1.000 dringend benötigte Wohnungen ungenutzt leer. Weil sich niemand für diese Gebäude verantwortlich fühlt, fallen sie darüber hinaus immer stärker der blinden Zerstörungswut von Vandalen zum Opfer.

Und die Bundesregierung sieht tatenlos zu.

Der Landkreis, die örtliche Industrie und die kommunalen Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaften wollen unbedingt bei der Altlastenerfassung sowie bei der Dekontaminierung und Wiederbelebung des betroffenen Gebietes beteiligt werden. Theoretisch sieht dies auch das zuständige Bundesumweltministerium so. Jenes hatte einen Generalvertrag mit dem Münchener Umweltsanierungsunternehmen IABG abgeschlossen, in dem besagte IABG "und circa 20 Partnerfirmen aus den neuen Bundesländern" Hand in Hand bei der Erfassung und Beseitigung der verheerenden Umweltschäden arbeiten sollten. Doch alle Worte waren bis jetzt nur Schall und Rauch. Von Seiten des Bundes geschieht in dieser Richtung nichts.

Und ein drittes Mal versagt die Bundesregierung. So liegen bereits nach einer ersten oberflächlichen Besichtigung des Truppenübungsplatzes deutlichste Kenntnisse über umweltkriminelle Handlungen der WGT-Truppenteile vor. Die Russen verfahren ganz einfach nach dem Motto "Aus den Augen aus dem Sinn". Öle, Waffenteile und sogar ganze Kühlschränke werden einfach verbrannt oder vergraben. Dies beleuchtet in geradezu grotesker Weise, daß die Streitkräfte weder fachlich noch finanziell in der Lage sind, bestehende Altlasten sachgerecht zu entsorgen. Und wieder legt die Bundesregierung die Hände in den Schoß.

Landkreis und Kommunen können und wollen jetzt endlich dieser sinnlosen Zerstörung ihrer Landschaften nicht mehr tatenlos zusehen, zumal in dem betroffenen Gebiet noch ein Wasserwerk arbeitet, das die umliegenden Gemeinden versorgt.

Deshalb liegt bereits der Vorschlag auf dem Tisch, sobald wie möglich Arbeitsgruppen vor Ort zur Entschärfung dieser unerträglichen Situation zu schaffen. Diese sollten aus Vertretern des Bundes, des Freistaates Sachsen, des Landkreises Kamenz sowie der betroffenen Gemeinden bestehen. Nun muß der Bund Farbe bekennen, ob er tatsächlich bereit ist, dem ohnehin schon wirtschaftlich schwer gebeutelten Ostsachsen wenigstens bei der Beseitigung militärischer und ökologischer Schäden zu helfen.

(-/6. März 1992/rs/ks)

Abschied von einem vorbildlichen Europäer
Zum Tod von Hellmut Sieglerschmidt

Von Gerhard Schmid MdEP
Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Die SPD-Europaabgeordneten müssen Abschied von Hellmut Sieglerschmidt nehmen. Knapp 74 und ein halbes Jahr ist unser Freund geworden. Wir wußten zwar von seinem vor drei Jahren erlittenen Herzinfarkt. Aber wenn wir einander begegneten, erschien er uns ganz der alte: freundlich und aufgeschlossen, voller Ideen, Anteilnahme und Engagement.

Hellmut Sieglerschmidts Leben widerspiegelt ein deutsches Schicksal, wie es für einen zeitgeschichtlichen Roman ausgedacht sein könnte: Ein junger Berliner Diplom-Kaufmann bringt es in Hitlers Wehrmacht zum EK II und Unteroffizier, ehe ihn 1944 sein Chef ins Zivilleben entläßt. Offiziell, weil er nach schwerer Verwundung nicht mehr wehrtauglich ist. Tatsächlich, weil bei der Vorbereitung zum Offizierlehrgang die nicht-arische Großmutter entdeckt und damit die "Wehrunwürdigkeit" und Schlimmeres drohte.

Sieglerschmidt und Familie erleben nach einem Zwischenspiel in Bydgoszcz (Bromberg) die Flucht nach Mecklenburg. Erstes politisches Engagement mit den Liberaldemokraten im Schweriner Landtag. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit noch nicht 30 Jahren. 1947 Flucht in den Westen aus politischen Gründen. Eintritt in die SPD. Redakteur der "Hannoverschen Presse" und "Welt der Arbeit".

Niedersachsens Innenminister Richard Borowski machte ihn zu seinem persönlichen Referenten und empfahl ihn bald als Rechtsradikalismus-Spezialist in das neugeschaffene Bundesamt

für Verfassungsschutz. Ausscheiden dort, weil die Amtsleitung den antisemitische Sprüche klopfenden Linksradikalismus-Spezialisten deckte. Im Berliner Senatsdienst Aufstieg bis zum Senatsrat (Staatssekretär).

1969 beginnt die zweite parlamentarische Laufbahn; Helmut Sieglerschmidt kommt in den Bundestag und bald auch in die Parlamentarische Versammlung des Europarats und das damals noch nicht direktgewählte Europäische Parlament. Als wir zehn Jahre später als Anfänger nach Straßburg kamen, konnten wir vom "alten Hasen" Sieglerschmidt viel lernen. Er hatte bereits einen Namen als stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung erworben, war "Vater" des Europäischen Abkommens über Erwerb und Besitz von Handfeuerwaffen und Menschenrechtsexperte par excellence.

Diesen Weg beschritt er als Obmann der Sozialistischen Fraktion im EP-Rechtsausschuß weiter. Er half die Bürgerrechte sichern, brachte das institutionelle Recht der Gemeinschaft voran, sicherte dem Europäischen Parlament das Konsultationsrecht im EG-Rechtsetzungsverfahren und legte wegweisende Berichte zur Verantwortlichkeit des Europäischen Gerichtshofes bei der einheitlichen Anwendung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten sowie für die Einführung des ordnungsgemäßen Verfahrens der MdEP-Mandatsprüfung vor.

Sein Engagement galt aber vor allem immer seinen Mitmenschen. Im Europäischen Parlament mit seinem Einsatz für das allgemeine Aufenthalts- und Wahlrecht der EG-Bürger/innen, für Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistende, für den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Menschenrechtskonvention und für die Vereinheitlichung des Datenschutzes im Bundestag (leider vergeblich) und für ein Presserechtsrahmengesetz. Und nach dem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament (1984 zum Bedauern vieler, weil er nicht in die Situation kommen wollte, irgendwann sanftem Druck weichen zu müssen) in der Europa Union durch seinen Einsatz für das Ausländer-Wahlrecht und in Berlin unter anderem in der Betreuung Strafgefangener.

Alle ehrenamtlichen Aufgaben hatte er in den vergangenen Monaten freiwillig Jüngeren überlassen. Jetzt genoß er, langweilige Sitzungen verlassen zu können, wenn es ihm behagte - oder gar nicht erst hinzugehen.

Helmut Sieglerschmidt hat uns schon in den vergangenen Jahren gefehlt. Aber wir konnten immer noch seinen Rat einholen. Das ist nun nicht mehr möglich.

Wir nehmen Abschied von einem vorbildlichen Europäer. Die Stationen seines Lebens von Berlin über den Frankreich-Feldzug bis Bydgoszcz, Schwerin, Hannover, Bonn, Brüssel, Straßburg und wieder Berlin sind Geschichte und Verpflichtung. Sein Weg vom deutschen Unteroffizier bis zum Träger des Offizierskreuzes der französischen Ehrenlegion symbolisiert den Wandel vom Europa der Erbfeindschaften zum Europa der Verständigung und Freundschaft an dem ihm soviel gelegen war.

(-/6. März 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Willy Brandt: Was heißt Sicherheit heute? (Teil II und Schluß)

Willy Brandt, SPD-Ehrenvorsitzender und Friedens-Nobelpreisträger, hat in einer Rede vor dem Jahreskongreß der Internationalen Ärztebewegung gegen den Atomkrieg (IPPNW) am 28. Februar in Berlin eine Rede zur internationalen Lage gehalten, die wir in zwei Folgen dokumentieren.

IV.

Wer 1989 (vorschnell) meinte, die Verlierer des Zweiten Weltkriegs seien die wahren Gewinner des Kalten Krieges, da sie ihre Energien in hohem Maße auf wirtschaftliche Felder verlagerten,

wundert sich 1992, wie schwer wir in Deutschland uns tun, jener vermeintlichen "Siegerrolle" gerecht zu werden. Lassen wir außer acht, daß bei der Verwunderung im Ausland mancherorts Schadenfreude mitschwingt, sondern befragen uns, warum die Unbeschwertheit des November '89 so rasch geschwunden ist.

Ich vermute, das erneut verbreitete Gefühl der Unsicherheit erklärt sich nicht allein aus den objektiven und subjektiven Schwierigkeiten, staatliche Einheit in wirkliche Vereinigung umzusetzen. Vielmehr belastet das teils schockartige Bewußtwerden der gesamteuropäischen Problemlage, die uns wahrlich nicht gleichgültig sein kann: Die Vorgänge vom Sommer letzten Jahres in der Nach-Sowjetunion, die aktuelle Wirtschaftskrise in jenem Teil Europas und die durch soziale Anspannungen angeheizten nationalen Konflikte, der Problemdruck in den uns hautnahen Staaten Mitteleuropas - all das nährt die Sorge vor Migrationsströmen und nicht zuletzt großen finanziellen Anforderungen. Bei der langen Liste der europäischen Sicherheitsrisiken dürfen die höchst unsicheren Atommeiler ebenso wenig vergessen werden wie die Gefahr von nationalistischen Exzessen, wie wir sie im sich auflösenden und zerfleischenden Jugoslawien erleben - ohne daß das übrige Europa bisher fähig gewesen wäre, auf überzeugende Weise konfliktüberwindend tätig zu sein. Und aus gesamteuropäischer Perspektive kann uns auch nicht gleichgültig lassen, was südlich des Mittelmeers passiert - Algerien ist durch die Bindungen zu Frankreich allemal Europa nah.

An gutem Willen, dieses oder jenes gesamteuropäische Risiko abzubauen, besteht kein Mangel: Die Brüsseler EG-Kommission arbeitet auf Hochtouren, um osteuropäischen Staaten Assoziationsvereinbarungen anzubieten. Hilfsprogramme werden aufgelegt, Nahrungsmittel gar per Flugzeug vor Ort gebracht. Auch um politische Vermittlung war und ist man - wenn auch unzulänglich, wie erwähnt - im Südosten bemüht. Die NATO ist über den eigenen Schatten gesprungen und hat einen Kooperationsrat mit ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten etabliert, und der kann sich als Ausgangspunkt für sehr viel mehr erweisen.

Was jedoch fehlt, ist die große Linie einer integrativen gesamteuropäischen Konzeption. Weder gibt es so etwas wie einen Marshall-Plan, der kalkulierbare Transferleistungen zum längerfristigen (Wieder-)Aufbau leistungsfähiger Wirtschaften in Aussicht stellt, noch bestehen klare Überlegungen, wie langfristig kollektive Sicherheit gestaltet werden soll. Die KSZE wächst horizontal, aber der institutionelle Tiefgang ist weiterhin flach. Europas fürwahr unterentwickelte Fähigkeit zur Selbststeuerung offenbart sich in Hilfsersuchen an die UNO - wie im jugoslawischen Nationalitätenkrieg. Und es bleibt nun einmal ein schrecklicher Widerspruch, daß der Westen zwar fähig war, den Emir von Kuwait wieder in seine Macht einzusetzen, nicht aber fähig, auf die Gesundung der ehemals sowjetischen Republiken einigermaßen konstruktiv und entschlossen hinzuwirken.

Wohlwissend, daß die Veränderungen der europäischen Landkarte alle Staaten überrascht und letztlich unvorbereitet getroffen hat, macht es wenig Sinn, die objektiven Defizite der Problembewältigung in subjektive Schuldzuweisungen umzumünzen. Vielleicht erwächst aus den aktuellen Schwächesymptomen Europas immerhin eine neue Empathie für die seit langem "gebeutelten" Entwicklungskontinente. Mithin ein gemeinsames Interesse an leistungsfähigen Vereinten Nationen, die es verdient hätten, daß ihren schwächsten Gliedern zumindest ein ansehnlicher Teil der "Friedensdividende" gutgeschrieben wird.

V.

Wir dürfen jedenfalls nicht müde werden, die Friedensdividende einzuklagen. Wer um die Einsparungsmöglichkeiten in den Militäretats weiß, die durch das Ende der Ost-West-Konfrontation tatsächlich realisierbar sind, der sollte sich mit vordergründigen Hinweisen auf den Golfkrieg und die vermeintlichen Anforderungen für Rapid Deployment Forces (NATO-Eingreiftruppen) der SDI-Programme nicht abspesen lassen. Überall in den Hauptstädten des Atlantischen Bündnisses sind natürlich Experten am Werk, die gern nachweisen möchten, daß sie für weniger Truppen mehr Geld benötigen.

Halten wir uns stattdessen an die Berechnungen des Stockholmer SIPRI-Instituts, so wird die Friedensdividende kalkulierbar. Laut SIPRI könnten in den 90ern jährlich rund 100 Milliarden

Dollar durch fortgesetzte Abrüstung in Ost und West eingespart werden. Daß der Großteil jener Einsparungen an der nationalen "Heimatfront" umzuverteilen ist, erscheint angesichts der Misere in Rußland et cetera und der Defizite in den USA durchaus verständlich, zumal überall nationaler Nachholbedarf besteht und auch Rüstungskonversion nirgendwo zum Nulltarif zu haben ist. Gleichwohl sollten wir - und ich meine ausdrücklich auch uns in Deutschland - über den eigenen Bereich hinausschauen und uns mit dafür einsetzen, daß ein ansehnlicher Anteil der Friedensdividende für internationale Zusammenarbeit bereitgestellt wird.

Ob ein Anteil von zehn Prozent zu niedrig oder ein Drittel zu hoch gegriffen ist, darüber kann und darf natürlich gestritten werden. Auch über Fairness beim sogenannten "burden-sharing", da wir bekanntlich in Ost-Europa schon ungleich mehr auf uns genommen haben als andere OECD-Staaten. Lastenausgleich und Arbeitstellung macht natürlich Sinn, sollte jedoch nicht dazu führen, daß wir nurmehr gen Osten blicken und die berechtigten Erwartungen aus dem Süden einfach überhören. So aber verhalten wir uns gegenwärtig, was an den extrem ungleichgewichtigen Finanztransfers oder Handelskonzessionen ablesbar ist.

Ich halte es jedenfalls nicht für fair, auch nicht für klug, sich mit Hinweisen auf die Grenzen eigener Leistungsfähigkeit aus der globalen Mitverantwortung entziehen zu wollen. Bei aller berechtigten Kritik an der militaristischen Unkultur in vielen Entwicklungsländern - denken wir an das häufig schreiende Mißverhältnis von Militärausgaben einerseits und öffentlicher Gesundheits- und Schulversorgung andererseits -, Verhaltensänderungen werden wir nur erreichen, wenn wir den jeweiligen Reformkräften beistehen - durch Aufgeschlossenheit, im doppelten Sinn des Wortes.

Globale Interdependenz darf nicht zum Schlagwort verkommen. Vielmehr sollten uns gerade die höchst realen Risiken des Ozonlochs und die Sorge um globale Klimaveränderungen zur Neubewertung interdependenter Entwicklung veranlassen. Die Verursacher der weltweiten Umweltzerstörung sind doch zugleich (wenn auch nicht zu gleichen Teilen) unsere, der Industrieländer in Teilen irrwitzige Überentwicklung und die dortige Unterentwicklung, da Armut notgedrungen zu Raubbau verführt. Wenn wir nicht rasch lernen, mit weniger Aufwand zu produzieren und unsinnige Konsumwünsche zu vermindern, machen wir uns mitschuldig am Marsch in eine Mehrzahl von Weltkatastrophen.

Wer die Umwelt der Wohlhabenden retten will, muß zwangsläufig mit den "Habenichtsen" kooperieren. Ich hoffe also, auf der anstehenden Rio-Konferenz werden nicht nur einsichtige Reden gehalten, sondern Umwelt wird als vorrangige Priorität für Internationale Sicherheit behandelt.

Abschotten und Hochrüsten eröffnen niemandem - keinem Land oder Kontinent - erfolgversprechende Optionen für die Zukunft. Es wäre überaus naiv, zu glauben, es gäbe für Europa so etwas wie einen "Rest der Welt", der sich vergessen ließe. Eine eingeeengte Weltsicht würde sich über kurz oder lang bitter rächen. Und wer da meinte, das Thema Frieden habe sich durch die Überwindung der Ost-West-Konfrontation erledigt, hat sich natürlich geirrt. Vielmehr spricht leider vieles dafür, daß - in mehr als einem Teil der Welt - seit langem latente Konfliktpotentiale explosiv freigesetzt werden.

Von einer Weltordnung im guten Sinne des Wortes sind wir - manchen vollmundigen Beteuerungen zum Trotz - noch meilenweit entfernt. Was wir gegenwärtig vorfinden, ist ein erschreckendes Maß an Weltunordnung. Notgedrungen werden wir in dieser Umbruchphase mit vielerlei Unsicherheiten zu leben haben; solidere Weltstrukturen lassen auf sich warten. Aber indem wir die berechtigten Sorgen aus anderen Teilen Europas und der Welt ernst nehmen und Vorkehrungen treffen, daß sich ungute Trends möglichst nicht verselbständigen und verewigen, leisten wir vermutlich bereits einen Beitrag, um dieser, unserer Einen Welt voranzuhelfen.

Ich bin sicher, daß die Internationale Gemeinschaft friedensbewußter Ärzte hierzu einen wichtigen Beitrag leisten kann.

(-/6. März 1992/rs/ks)
